

Umstrittener ruandischer Staatspräsident in Berlin

Paul Kagame zu mehrtägigen Deutschlandbesuch angereist. Merkel-Regierung strebt engere militärische Zusammenarbeit mit Ruanda an. Vorbereitung auf künftige Ressourcensicherung?

Der ruandische Staatspräsident Paul Kagame ist am heutigen Dienstag von Bundespräsident Horst Köhler in Berlin mit militärischen Ehren empfangen worden. Die Reise nach Europa war für ihn unproblematisch, denn solange er das höchste Amt im Staate bekleidet, würde er sowieso Immunität gegenüber einem internationalen Haftbefehl, wie er Anfang Februar von dem spanischen Richter Fernando Andreu Merelles gegen 40 Mitglieder der militärischen Elite Ruandas wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen ausgestellt wurde, genießen. Merelles betonte, daß gegen Kagame genügend Belastungsmaterial vorliegt, um ihn ebenfalls anzuklagen, aber daß dies wegen dessen Immunität nicht ginge. Vor einigen Jahren hatte bereits der französische Untersuchungsrichter Jean-Louis Bruguière Haftbefehle gegen Mitglieder aus Kagames Ruandischer Patriotischer Front (RPF) ausgestellt.

Man darf davon ausgehen, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Kagame am Mittwoch empfangen will, solche Themen nicht ansprechen wird. Sie wird auch nicht Tacheles mit ihm reden, so wie sie es im vergangenen Jahr auf dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon mit Simbabwe Präsident Robert Mugabe versucht hatte - wobei sie prompt einen Scherbenhaufen in den europäisch-afrikanischen Beziehungen hinterließ. Der Tutsi Kagame, dem mindestens ebenso viele Leichen im Keller nachgesagt werden wie Mugabe, wird heute von der Berliner Regierung hofiert wie vor über hundert Jahren die deutsche Kolonialherrschaft die Ethnie der "edlen" Tutsi gegenüber den "bäuerlichen" Hutu bevorzugt behandelt hat.

Ethnische Kategorien sind allerdings im heutigen Ruanda verpönt - vor allem, wenn ihnen Angehörige der Hutu anhängen. Die Gefahr, eines rassistischen oder gar genozidalen Denkens bezichtigt und deswegen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt zu werden, ist für sie besonders groß, werden sie doch alleinverantwortlich für den gewaltsamen Tod von rund 800.000 Ruandern - die Mehrheit von ihnen Tutsi - zwischen dem 6. April und Anfang Juli 1994 gemacht.

Wenn nicht der Verdacht bestünde, daß die Entscheidungsträger in der Kagame-Regierung mit ihrer antirassistischen Ein-Volk-Politik vor allem den eigenen Machterhalt zu sichern trachten, wäre zumindest der Versuch an sich, ethnische Grenzen überwinden zu wollen, begrüßenswert. Allerdings begeht die ruandische Regierung dabei einen entscheidenden Denkfehler: Ethnische oder kulturelle Grenzen zwischen Menschen werden nicht durch ihr Leugnen überwunden. Im Gegenteil, das sicherte nur ihren Bestand. So etwas erzeugt lediglich Tabus und politische Unterdrückungsstrukturen. Erst wenn die Unterschiede nicht mehr vermieden, sondern in ihrer ganzen Bandbreite herausgearbeitet werden, und es dennoch nichts macht, weil ein jeder in der Ethnie oder Kultur des anderen eine Entwicklung erkennt, die zwar anders verlaufen ist als seine eigene, die er aber im Prinzip für sich selbst ebenfalls beansprucht und respektiert sehen will, kann von einem Prozeß des Überwindens dieser Grenze gesprochen werden.

Für die ruandische Gesellschaft bedeutet dies nicht zuletzt, sich um eine lückenlose Aufklärung des Völkermords, der ihm vorangehenden vier Jahre Bürgerkrieg sowie der postgenozidalen Phase der Konsolidierung des Staates und seiner bis heute anhaltenden expansiven Machenschaften in der Demokratischen Republik Kongo zu bemühen.

Dazu wird es höchstwahrscheinlich nicht kommen, denn es setzte einen Machtwechsel in dem Land voraus. Solange für Paul Kagame und seine Militärs von der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) die Gefahr besteht, vor einem internationalen Gericht als Kriegsverbrecher angeklagt zu werden, werden sie den Teufel tun und zulassen, daß die mühsam zurechtgezimmerete Geschichtskittung bröckelt. Denn es ist Kagame und seinen Gönnern in der westliche Welt - allen voran die USA, bei denen er noch in seiner Funktion als Militärischer Geheimdienstchef der ugandischen Armee eine Ausbildung genossen hat - gelungen, den Einmarsch der RPF, die faktisch ein Teil der Armee Ugandas war, 1990 in den Norden Ruanda als innerruandischen Konflikt zu verkaufen.

Darüber hinaus wurden die mehrere zehntausend Opfer, die allem Anschein nach auf das Konto der RPF gehen, diesen nie angelastet. Und obgleich mehrere frühere RPF-Mitglieder erklärten, daß niemand anderer als Paul Kagame den Abschluß eines Flugzeugs unter anderem mit den Präsidenten Ruandas und Burundis an Bord am 6. April 1994 befohlen hatte, wird heute noch die Behauptung aufrechterhalten, die Hutu hätten ihren eigenen Präsidenten abgeschossen und anschließend losgeschlagen, um alle Tutsi im Land umzubringen.

Dies alles ist insofern nicht Schnee von gestern, als daß Kagame ein autokratischer Herrscher und Ruanda ein repressiver und nach außen hin aggressiver Staat ist. Der ruandischen Führung kommt Mitverantwortung für den Tod von drei bis vier Millionen Menschen zu, die seit 1998 in der Demokratischen Republik Kongo aus konfliktbedingten Gründen ums Leben gekommen sind. Denn seit vielen Jahren plündert Ruanda im rohstoffreichen Osten des Landes entweder direkt oder über Mittelsmänner und schürt den Konflikt laufend weiter, weil es davon profitiert.

Nun wird einer der Rädelsführer des "ersten Weltkriegs Afrikas", so die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright, in Berlin empfangen, und man will mit ihm über eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ruanda beraten. Kein Zweifel, Kagame dürfte der richtige Mann für alle Fragen in Sachen Rohstoffsicherung sein, wie sie erklärtermaßen zur Aufgabe der Bundeswehr, der EU-Streitkräfte und nicht zuletzt der NATO nach Beendigung des Ost-West-Konflikts wurde.

22. April 2008

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka1634.html>